

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Stephan Bothe und Jens-Christoph Brockmann (AfD)

Antwort des Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

**Moscheebauprojekte in Niedersachsen**

Anfrage der Abgeordneten Stephan Bothe und Jens-Christoph Brockmann (AfD), eingegangen am 03.07.2023 - Drs. 19/1797

an die Staatskanzlei übersandt am 04.07.2023

Antwort des Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 03.08.2023

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

*Die Welt* berichtete am 18. Juni 2023 über islamistische Moscheeprojekte in Frankfurt<sup>1</sup>. Der heutige Generalbevollmächtigte des Vereins Europäische Moscheebau und -unterstützungsgemeinschaft (Emug), der den Behörden seit 1999 als Islamist bekannt ist, wird inzwischen als „Herr der Moscheen“ bezeichnet und wirkt europaweit an Moscheeneubauten mit. Mit finanzieller Hilfe aus dem Ausland, u. a. aus Katar, soll eine Schaltzentrale der islamistischen Szene in Deutschland entstehen. Im Grundbuch erscheint der Besagte als Person nicht selbst, sondern der Verein Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG), dem dieser früher als Präsident vorstand.

**1. Entfaltet der Generalbevollmächtigte des Vereins Emug auch Aktivitäten in Niedersachsen? Falls ja, wird um Darstellung dieser gebeten.**

Der Landesregierung sind keine Aktivitäten der betreffenden Person in Niedersachsen bekannt.

**2. Sind Pläne für Moscheegründungen in Niedersachsen bekannt, die entweder mit dem Besagten selbst, dem DMG oder Emug in Verbindung stehen? Falls ja, wird um Angabe des geplanten Standortes und des voraussichtlichen Fertigstellungs- bzw. Eröffnungsdatums gebeten.**

Entsprechende Pläne der DMG sowie der EMUG sind der Landesregierung nicht bekannt.

**3. In wie vielen Fällen sind der DMG, Emug oder eine andere als islamistisch eingestufte Gruppierung bzw. ein Verein als Eigentümer eines Moschee- oder anderen Vereinigungsgrundstücks eingetragen? Es wird um Aufschlüsselung nach Standort, Verein bzw. Gruppierung, Moscheename und Gründungsdatum gebeten.**

Die Immobilie des im Verfassungsschutzbericht 2022 aufgeführten Moscheevereins „Deutschsprachiger Muslimkreis Braunschweig e. V.“ (DMK) in Braunschweig ist mit Stand 2020 laut Grundbuch im Eigentum der damaligen Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD). Nach Umbenennung bezeichnet sich diese als Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG). Im Rahmen der öffentlichen Beantwortung einer Kleinen Anfrage ist eine Nennung weiterer nicht im Verfassungsschutzbericht 2022 aufgeführter relevanter islamistischer Vereine und Moscheen nicht möglich.

Die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.“ (EMUG) ist die eigene Immobilienverwaltungsgesellschaft der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e. V.“ (IGMG). Die

<sup>1</sup> Islamisten: Beten, tricksen, täuschen – das geheime Projekt der Islamisten in Frankfurt - WELT

EMUG wurde 1985 mit dem Ziel gegründet, Gebäude, die von Moscheegemeinden in Europa genutzt werden, anzukaufen und sich an deren Wartung und Neubau zu beteiligen. Die EMUG ist aktuell kein Beobachtungsobjekt des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Das Grundstück der „Ravza Moschee“ des „Kulturvereins Achimer Muslime e. V.“ in Achim ist laut Liegenschaftskataster im Eigentum der EMUG e. V.

**4. Über wie viele sonstige Grundstücke verfügen als islamistisch eingestufte Gruppierungen in Niedersachsen? Es wird um Aufschlüsselung nach Standort, Verein bzw. Gruppierung und derzeitigem Verwendungszweck gebeten.**

Diesbezüglich liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

**5. Welche Neubaupläne für Moscheen in welcher Größenordnung bestehen derzeit in Niedersachsen? Es wird um Aufschlüsselung nach Ort, Größe und Trägerverein gebeten.**

Diesbezüglich liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

**6. Wie viele der Neubauprojekte werden auch mit Geldern aus dem Ausland finanziert? Es wird um Aufschlüsselung nach Ort, Projekt und Herkunft der Gelder gebeten.**

Diesbezüglich liegen der Landesregierung keine Informationen vor.